

Mitgliederversammlung 2016

Samstag, 18. Juni 2016, 9.00 Uhr
Philipp-Scheidemann-Haus

Beschlüsse



SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Mitgliederversammlung am 18. Juni 2016

Beschluss B 2

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Kleine und mittlere Einkommen entlasten

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Die Progression bei der Steuer soll so geändert werden, dass bei einer Gehalts- oder
- 2 Lohnerhöhung bei mittleren und niedrigen Einkommen kein Nachteil entsteht.

3

Begründung:

4

5

- 6 Die Schere zwischen Arm und Reich geht in unserem Land immer weiter auseinander,

7

deshalb ist es notwendig die kleinen und mittleren Einkommen zu entlasten.

Beschluss B 3

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der
Krankenversicherung

Die Mitgliederversammlung beschloss:

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, so rasch wie möglich alle Schritte in die Wege
2 zu leiten, die zu einer Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung
3 führen.

4
5 **Begründung:**

6
7
8 Die ungleiche Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung war gerade aus
9 sozialdemokratischer Sicht ein politischer Fehler. Die Arbeitnehmerzusatzbeiträge sind
10 inzwischen das einzige Ventil für die Krankenkassen, den Kostendruck auszugleichen. Den
11 Beschäftigten solle alle zukünftigen Kostensteigerungen aufgebürdet werden, während der
12 Arbeitgeberanteil immer weiter sinken würde – von jetzt 46,5% auf 44% im Jahr 2020.

13
14 Die permanente Absenkung des Rentenniveaus durch Ausfall oder Reduzierung der
15 Rentenanpassung sowie geringere Renten bei Neuzugang durch z.B. gekürzte
16 Anrechnungszeiten, Anhebung der Altersgrenzen und höhere Steuersätze sowie höhere
17 KV/PV-Beiträge sinkt das Nettorentenniveau von 70% bis auf unter 52% im Jahr 2030.

18
19 Gleichzeitig müssen Arbeitnehmer und Rentner höhere Beiträge leisten, während die
20 Arbeitgeber von jeglicher Zusatzbelastung befreit sind.

21
22 Diese soziale Schieflage ist zutiefst unsozial und einer sozialdemokratischen Politik
23 unwürdig.

Beschluss B 5

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Bundesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion

Betrifft: Glück Auf, Bürgerenergie!

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Nur durch einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung von Stein- und Braunkohle und
- 2 den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien können die von Deutschland auf dem
- 3 Klimagipfel in Paris gemachten Zusagen zur CO² – Reduzierung erreicht werden.
- 4 Klimaschutz zur Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen auf dem gesamten Erdball, für uns
- 5 und künftige Generationen ist heute eine zentrale Frage von Solidarität und sozialer
- 6 Gerechtigkeit und zählt damit zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik.
- 7 • Wir sprechen uns strikt gegen eine Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien aus.
- 8 Wir fordern massive Anstrengungen und günstige Rahmenbedingungen für einen
- 9 forcierten dezentralen Ausbau sowie notwendige Investitionen in Verteilnetze.
- 10 • Wir lehnen Ausschreibungs-Vergabe-Systeme für Erneuerbare-Energien-Anlagen ab. Für
- 11 den Fall eines Umstiegs auf Ausschreibungs-Vergabe-Systeme, muss die nach EU-
- 12 Recht maximal mögliche Bagatellgrenze für eine Befreiung von der
- 13 Ausschreibungspflicht von der Bundesregierung genutzt werden.
- 14 • Es bedarf schnellstmöglich einer Lösung, die Speichersysteme und Biogasanlagen in
- 15 virtuellen Kraftwerken wirtschaftlich als regionalen Grünstrom vermarktungsfähig macht.
- 16 • Wir lehnen den aktuellen Vorschlag zur Beschränkung des Ausbaus Erneuerbarer
- 17 Energien in Netzengpassregionen ab. Würde die Bundesnetzagentur Hessen
- 18 entsprechend einordnen, könnte der Ausbau von Windenergieanlagen auf 58 % des
- 19 gedeckelten Ausbaus reduziert werden. Gerade in Nordhessen würde der schwache
- 20 Ausbau weiter verlangsamt, obwohl nachweislich keine Netzengpässe auf den
- 21 entsprechenden Ebenen vorliegen.

- 1 • Wir lehnen eine einmalige Sonderdegression bei der Einspeisevergütung ab. Diese ist
2 als Eingriff in den Bestandsschutz unzulässig und schädigt massiv das Vertrauen in die
3 sozialdemokratisch zu verantwortende Energiepolitik.

4
5 **Begründung:**

6
7 Photovoltaik- und Windenergieanlagen an Land gehören mittlerweile zu den günstigsten
8 Energiequellen. Gemeinsam mit einer Ertüchtigung sowie Digitalisierung der Netze auf
9 Verteilnetzebene sowie wirtschaftlicher Rahmenbedingungen für den Einsatz von Speichern
10 und Bioenergieanlagen sind sie die Bausteine einer kosteneffizienten und
11 wertschöpfungseffektiven Energiewende. Ausschreibungs-Vergabe-Systeme hingegen sind
12 teuer, deckeln den Ausbau und bevorzugen kapitalstarke Investoren bzw. Großkonzerne.
13 Dabei könnte mit regional verankerten und finanzierten Projekten ein Vielfaches an
14 Wertschöpfung und Gestaltungsspielraum vor Ort generiert werden. Ob die Zugeständnisse
15 für Bürgerenergiegesellschaften in der aktuellen EEG-Novelle dazu geeignet sein werden,
16 dass Bürger*innen ihre Anstrengungen für eine dezentrale Energiewende fortführen können,
17 ist ungewiss.

Beschluss B 6

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Mitglieder der Bundesregierung
SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord
SPD-Landesvorstand Hessen
SPD-Bundesvorstand

Betrifft: Personalbemessung in Krankenhäusern

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich unverzüglich
- 2 für ein Gesetz zur bedarfsgerechten Personalbemessung in Krankenhäusern einzusetzen.
- 3 Die Finanzierung der für eine ausreichende Pflege notwendigen Personalstärke muss
- 4 außerhalb der Fallpauschalen erfolgen, um diesen Bereich vor Manipulationen infolge von
- 5 Einsparzwängen der Krankenhäuser zu schützen.

6

7 **Begründung:**

8

- 9 Wir brauchen schnellstens ein Gesetz, welches den realen Bedarf an Pflegekräften ermittelt
- 10 und die benötigten Stellen in allen Bereichen der Krankenhäuser vorgibt. Die derzeit in vielen
- 11 Krankenhäusern unkontrolliert vorgenommene Personalbemessung überfordert häufig das
- 12 Pflegepersonal, ist für Patienten vielfach unerträglich und gefährdet den Gesundungsprozess
- 13 der Patienten. Durch den vorherrschenden Personalmangel fehlt es zudem regelmäßig an
- 14 der notwendigen Zeit für Zuwendungen und Gespräche für schwerstkranke Menschen. Es ist
- 15 statistisch erwiesen, dass Personalmangel zudem zu mehr Todesfällen in Kliniken führt.
- 16 Die in der jüngeren Vergangenheit zunehmend, auch in Kliniken mit öffentlicher Beteiligung,
- 17 erfolgten Einrichtungen von Privatstationen, bzw. Wahlleistungsstationen mit besserer
- 18 Personalausstattung für Privatpatienten lehnen wir ab.
- 19 Diese Entwicklung entspricht nicht den sozialdemokratischen Zielen einer klassenlosen
- 20 Gesundheitsvorsorge, die wir uns von einer Bürgerversicherung versprechen. Bei
- 21 Personalengpässen soll Pflegepersonal dann auch nicht mehr vom allgemeinen Bereich
- 22 zugunsten von Privatpatienten abgezogen werden können.

Beschluss B 7

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesvorstand
SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord
SPD-Landesvorstand Hessen

Betrifft: Keine privatwirtschaftlich finanzierte Autobahngesellschaft
sowie anderweitige Infrastruktur zur Daseinsvorsorge

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Der Autobahnbau sowie andere Maßnahmen zur Daseinsvorsorge dürfen nicht durch PPP-
- 2 Maßnahmen wie die z.Z. vom Bund favorisierte Bundesautobahn-gesellschaft
- 3 privatwirtschaftlich finanziert bzw. vorfinanziert werden. Privaten Finanz-Investoren (z.B.
- 4 Versicherungen) sind keinesfalls aus öffentlichen Mitteln mehr Kreditkosten zu gewähren als
- 5 für Bundesanleihen üblich.

6
7 **Begründung:**

8
9 Gemäß Presse denkt der Bundesverkehrsminister daran, zur Finanzierung der nötigen
10 Instandsetzung der Autobahnen eine spezielle Gesellschaft mit der Versicherungswirtschaft
11 (mit 49% Anteil) zu gründen. Die dort vorgesehenen privatwirtschaftlichen Kapitaleinlagen
12 sollen wegen eines vermeintlich größeren finanziellen Risikos mit einem höheren Zinssatz
13 entgolten werden als bei einer üblichen Kapitalaufnahme des Bundes. Da der Bund aber
14 Gewährsträger des öffentlichen Verkehrs ist und bleibt, besteht für die Kapitalgeber in
15 Wirklichkeit gar kein größeres Finanzrisiko. Wertvolles Steuergeld darf nicht vergeudet und
16 keinesfalls zur indirekten Subventionierung von privatwirtschaftlichen Kapitaleinlagen
17 verwandt werden.

Beschluss B 8

Antragsteller: SPD Unterbezirks Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Landtagsfraktion Hessen
SPD-Bundesvorstand
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord
SPD-Landesvorstand Hessen
SPD-Mitglieder in der Bundesregierung

Betrifft: Fluchtursachen bekämpfen und dadurch Anzahl der
Flüchtlinge reduzieren

Die Mitgliederversammlung beschloss:

1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, der Bundesregierung eine
2 Auflistung originärer Fluchtursachen vorzulegen und sie aufzufordern, sich mit
3 Gegenmaßnahmen national, europäisch und international dafür einzusetzen, dass Ursachen
4 und Anlässe zur Flucht von Menschen aus Krisenregionen erkennbar angegangen und
5 beseitigt werden.

6

7 **Begründung:**

8

9 Die Zahl der Flüchtlinge hat in den vergangenen Monaten dramatisch zugenommen. Der
10 deutsche Außenminister hat zwar schon zahlreiche Missionen zur Befriedigung der
11 Krisenherde unternommen. Aber die Situationen und deren Verursachung sind so komplex,
12 dass bisher nur wenig befriedigende Ergebnisse erzielt werden konnten.

13 Hauptursachen der Eskalation der Gewalt in den Krisenregionen sind ein politisches
14 Machtvakuum, unkontrollierte Waffenlieferungen, Interessen und Einmischung von außen,
15 oft verstärkt durch dramatische Klimaveränderungen. Darum ist es notwendig, dass die
16 Politik sich umfassend und mit den Ursachen der Flucht in den Krisenherden und
17 wirkungsvollen Gegenmaßnahmen auseinandersetzt.

18

19 Obwohl die Krisenregionen scheinbar weit weg sind, betreffen sie auch unser Leben
20 zunehmend hautnah, u.a.

- 21 • durch drastischen Anstieg der Flüchtlinge und die Konfrontation der Gemeinden mit
22 großen Problemen bei der angemessenen Unterbringung,
23 der Qualifizierung und Beschäftigung sowie einer nachhaltigen Integration,
- 24 • durch zunehmende Verunsicherung, Skepsis und in Folge leider auch Abwehr sowie
25 Gewaltbereitschaft von Teilen der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen,
- 26 • durch einen politischen ‚Rechtsruck‘ in der Bevölkerung

SPD Unterbezirk Kassel-Stadt
Mitgliederversammlung am 18. Juni 2016

Beschluss K 1

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt
SPD-Unterbezirksausschuss Kassel-Stadt
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel
SPD-Fraktion in der Kasseler
Stadtverordnetenversammlung

Betrifft: Zuschnitt der Ortsbeiratsbezirke und Anzahl der Ortsbeiräte

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 1. Der SPD-Unterbezirksvorstand und der SPD-Unterbezirksausschuss werden aufgefordert
- 2 in Zusammenarbeit mit den SPD-Ortsvereinen und der Stadtverordnetenfraktion,
- 3 ergebnisoffen den räumlichen Zuschnitt der Ortsbeiratsbezirke zu überprüfen und
- 4 gegebenenfalls zusammen ein Konzept für eine neue Zuordnung vorzunehmen.
- 5
- 6 2. Die Zusammenlegung von einzelnen Ortsbeiräten und die Verkleinerung der Anzahl der
- 7 Mitglieder der Ortsbeiräte ist zu überprüfen und zu diskutieren. Ziel ist es, dass eine
- 8 Neuordnung, Zusammenlegung oder/und Verkleinerung zur nächsten Kommunalwahl 2021
- 9 umgesetzt werden kann.

10
11 **Begründung:**

12
13 Erfolgte mündlich.

Beschluss K 2

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat: SPD-Fraktion in der Kasseler
Stadtverordnetenversammlung
Betrifft: Flaschen neben Mülleimer – Würde Bedürftiger stärken

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Die SPD-Fraktion in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, den
- 2 Magistrat aufzufordern, prüfen zu lassen, wie das Ziel erreicht werden kann, Pfandflaschen
- 3 aus den Mülleimern heraus und neben diese zu bekommen, um so Bedürftigen das
- 4 Sammeln von Pfandflaschen zu erleichtern.
- 5 Dabei sollen insbesondere bereits vorhandene Projekte wie Pfandringe oder die Kampagne
- 6 „Pfand gehört daneben“ auf eine Verwendung in Kassel geprüft werden. Das Ziel
- 7 sozialdemokratischen Wirkens muss es dabei aber bleiben, eine Gesellschaft zu schaffen, in
- 8 der niemand auf Flaschenpfand angewiesen ist.

9

10 **Begründung:**

11

12 Flaschensammeln wird hauptsächlich von Bedürftigen ausgeübt, die beispielsweise ihre

13 unzureichende Rente oder ihr ALG II aufbessern müssen, um wenigstens halbwegs gut

14 leben zu können.

15

16 Pfandflaschen neben Mülleimer zu stellen hilft dabei aus mehreren Gründen:

17 Es ist würdevoller Flaschen aufzuheben, anstatt Mülleimer zu durchwühlen.

18 Die Verletzungsgefahr wird verringert.

19 Es spart den Pfandsammlern eine Menge Zeit.

20 Pfandflaschen müssen somit nicht aus den Mülleimern aussortiert werden oder in der

21 Müllverbrennung landen.

Beschluss L 1

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Landtagsfraktion
SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord
SPD-Landesvorstand Hessen

Betrifft: Hessischer Modellversuch Ombudsmann / Ombudsfrau
bzw. kostenfreies Beratungs- und Mediationsangebot
für ‚Betreutes Wohnen‘ bzw. ‚Wohnen mit Service‘

Die Mitgliederversammlung beschloss:

1 Die Landtagsfraktion soll sich dafür einsetzen, dass Bewohnerinnen bzw. Bewohnern im
2 ‚Betreuten Wohnen‘ bzw. ‚Wohnen mit Service‘ im Rahmen eines Hessischen
3 Modellversuchs eine Beratungs- und Konfliktstelle eingerichtet werden bzw. ein Beratungs-
4 und Mediationsangebot kostenfrei gestellt wird, um den hilfebedürftigen ältere Menschen im
5 Konflikt mit einem Vertragspartner, ihrem Vermieter bzw. ambulanten Pflegedienst oder
6 anderem Leistungserbringer, niederschwellig und neutral zu beraten und eine Mediation
7 anzubieten.

8
9 **Begründung:**

10
11 Betreutes Wohnen bzw. Wohnen mit Service wird zunehmend in Kombination von
12 Pflegeeinrichtung wie auch freigewerblich im Zusammenhang mit Bauinvestoren angeboten.
13 Anders als in der stationären Pflege gibt es dort keine staatliche Aufsicht. Dort müssen ältere
14 schutz- und unterstützungsbedürftige Bewohner/innen, die sich in einer gewissen
15 Versorgungsabhängigkeit befinden, ihre Vertrags-, Miet- oder Leistungskonflikte gegenüber
16 ihren Vertragspartnern persönlich angehen und sich dazu bei Bedarf eine kostenpflichtige
17 rechtliche Beratung bzw. gleich einen Rechtsbeistand leisten. Dazu sind aber viele
18 altersbedingt bzw. materiell nicht mehr imstande und dann dem Wohlwollen ihrer
19 Leistungserbringer existenziell ausgeliefert. Ein kostenfreies Beratungs- bzw.
20 Mediationsangebot könnte ggf. an kommunale bzw. öffentliche Beratungsstellen, den
21 Mieterbund oder die Verbraucherberatung angebunden werden.

SPD Unterbezirk Kassel-Stadt
Mitgliederversammlung am 18. Juni 2016

Beschluss O 2

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt
SPD-Unterbezirksausschuss Kassel-Stadt
Betrifft: Wahlergebnisse miteinander aufarbeiten

angenommen

abgelehnt

überweisen an:

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Angesichts des schlechten Wahlergebnisses der SPD bei den Kommunalwahlen 2016 wird
- 2 der UBV aufgefordert, umgehend einen mitgliederoffenen AK einzurichten.
- 3 Dieser hat die Aufgabe, die Wahlniederlage aufzuarbeiten und zum ordentlichen UB-
- 4 Parteitag 2017 einen Antrag vorzulegen, in dem Maßnahmen vorgeschlagen werden, wie
- 5 Wahlerfolge der SPD zukünftig verbessert werden können.
- 6 Insbesondere sind Instrumente zur massiven Anhebung der Wahlbeteiligung zu diskutieren
- 7 und vorzuschlagen.
- 8
- 9 **Begründung:**
- 10
- 11 Erfolgte mündlich.

Beschluss O 3

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bezirksvorstand Hessen Nord
SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt
SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Land

Betrifft: Freies WLAN im Parteihaus

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Die Adressaten werden aufgefordert im Wilhelm-Pfannkuch-Haus in der Humboldtstraße 8A
- 2 in Kassel ein WLAN-Netz für parteipolitische Arbeit einzurichten, das ohne vorherige
- 3 Beantragung genutzt werden kann.

4

5 **Begründung:**

6

- 7 In der heutigen parteipolitischen Arbeit wird das Internet als Quelle, zur
- 8 Informationsverbreitung, Organisation, Öffentlichkeitsarbeit und in vielen weiteren
- 9 Anwendungen tagtäglich genutzt. Bei der Arbeit in Seminaren, Arbeitsgruppentreffen,
- 10 Wahlkampftreffen und Informationsveranstaltungen im Wilhelm-Pfannkuch-Haus ist eine
- 11 Einbindung von digitalen Medien aufgrund des beschränkten Internetzugangs sehr mühsam.
- 12 Zur Beschleunigung und Vereinfachung der Arbeit der Ehrenamtlichen und Mitglieder ist ein
- 13 freier Zugang zum Internet unabdingbar. Sicherheitstechnische Bedenken können durch
- 14 Adaption von freien WLAN-Konzepten von Kommunen und Cafés berücksichtigt werden.

SPD Unterbezirk Kassel-Stadt
Mitgliederversammlung am 18. Juni 2016

Beschluss O 4

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt
Betrifft: Einrichtung eines Arbeitskreises „Europa-Politik und internationale Beziehungen“ auf Unterbezirksebene

Die Mitgliederversammlung beschloss:

- 1 Es wird auf Unterbezirksebene ein Arbeitskreis „Europa-Politik und internationale
- 2 Beziehungen“ eingerichtet. Der Unterbezirksvorstand sorgt für den organisatorischen
- 3 Anschub.
- 4
- 5 **Begründung:**
- 6
- 7 Ziel ist die Verständnisbildung zu diesen themenkomplexen innerhalb und außerhalb der
- 8 Partei.

SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt
Mitgliederversammlung am 18. Juni 2016

Beschluss I 1

Antragsteller: SPD Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat: SPD-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt
SPD-Unterbezirksausschuss Kassel-Stadt
Betrifft: Weibliche Bundestagskandidatin

Die Mitgliederversammlung beschloss:

1 Die nächste Bundestagsabgeordnete unseres Wahlkreises soll eine Frau sein.

2

3 **Begründung:**

4

5 Erfolgte mündlich.